

Adenauer appelliert an Moskau

Selbstbestimmung für die Deutschen — NATO sichert Frieden

Bonn. — Bundeskanzler Adenauer hat in seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag am 9. Oktober Festigkeit und Geduld in der Außenpolitik und Maßhalten in der Innenpolitik gefordert. Er wies das Verlangen nach Initiativen der Bundesregierung nur um der Geschäftigkeit willen zurück, solange die Sowjetunion auf der Teilung Deutschlands bestehe. Andererseits unterstrich er in einem Appell an die Sowjetunion seine Bereitschaft, „über vieles“ mit sich reden zu lassen, wenn die Lage der Deutschen in der Zone erleichtert werde und die Sowjets den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht gäben. Überlegungen der Menschlichkeit spielten hier noch eine größere Rolle als nationale Überlegungen. Im Bereich der Innenpolitik kündigte der Kanzler eine Reihe von Maßnahmen an, die der Verteidigung einer gesunden Wirtschaftsordnung gelten sollen.

Die Spannung, mit der die Erklärung Adenauers erwartet worden war, hatte für vollbesetzte Tribünen gesorgt. Auf der Bank des Bundesrats hörte ihm der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, aufmerksam zu.

Adenauer befürwortete im außenpolitischen Teil seiner Rede die Fortsetzung der Ost-West-Gespräche über die Abrüstungsfrage und das Berlin-Problem. Die wichtigste Aufgabe der Bundesregierung sei es, die sowjetische Hoffnung zunichte zu machen, daß die Deutschen infolge der anhaltenden Bedrohungen eines Tages resignieren könnten.

Die außenpolitischen Ausführungen Adenauers lassen sich wie folgt zusammenfassen:

● Ein separater Friedensvertrag Moskaus mit Pankow wäre nach Ansicht der Bundesregierung zwar völkerrechtlich „ein Nichts“, er wäre aber zugleich ein Akt brutaler Machtpolitik und würde zu einer unberechenbaren Steigerung der Gefahr für alle Völker führen.

● Die Bundesregierung hält daran fest, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Pankow oder die Unterzeichnung eines Separatfriedens als ein unfreundlicher Akt anzusehen wäre. Sie fordert alle Völker auf, das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung zu

unterstützen, wie sie diese Unterstützung für sich selbst in Anspruch nehmen.

● Der Viermächtestatus Berlins besteht nach Ansicht der Bundesregierung zu Recht.

● Nach wie vor tritt die Bundesregierung für eine allgemeine,

vollständige und kontrollierte Abrüstung ein. Sie warnt aber vor regionalen Lösungen in Europa im Sinne eines Disengagements.

● Die Bedeutung der NATO für die Sicherung des Friedens sei gewachsen. Dies werde von der Bundesregierung durch die unverminderte Fortführung ihrer Verteidigungsanstrengungen trotz gespannter Haushaltslage anerkannt. Zugleich betont sie aber die Notwendigkeit einer NATO-Reform im Sinne der Vorschläge Generalsekretärs Stickers.

● Die Solidarität Frankreichs und Deutschlands diene allen europäischen Völkern, richte sich gegen niemanden und sei

(Fortsetzung auf Seite 4)



Durch maßvolle Besonnenheit zeichnete sich die Regierungserklärung aus, die Adenauer vor dem Bundestag abgab

Weißbuch enthüllt Terror in der Zone

Bonn (Eigener Bericht). Seit der gewaltsamen Teilung Berlins am 13. August 1961 sind 13 000 Bewohner der Zone über die Berliner Mauer und die Zonengrenze geflohen. 52 000 Mitteldeutsche, die bei einem Besuch der Bundesrepublik von den Ereignissen des 13. August überrascht wurden, haben sich bei den westdeutschen Behörden als Flüchtlinge gemeldet und um politisches Asyl gebeten. Diese Zahlen nannte der Minister für gesamtdeutsche Fragen, Lemmer, am 5. Oktober in Bonn, als er eine neue Dokumentation der Bundesregierung über die Verletzung der Menschenrechte an der Berliner Mauer der Öffentlichkeit vorlegte.

Das sogenannte Weißbuch ist zugleich allen in Bonn akkreditierten ausländischen Vertretungen zugestellt worden. In der 36 Seiten umfassenden Schrift wird darauf hingewiesen, daß die Errichtung der Mauer die ohnehin gespannte politische Lage bis zur Unerträglichkeit verschärft habe. Die Mißachtung der elementarsten Prinzipien der Menschlichkeit durch das Ulbricht-Regime, so heißt es, empöre nicht nur die Berliner und die deutsche Bevölkerung, sondern sei für die gesamte gesittete Menschheit eine Beleidigung.

Die Dokumentation schildert in Wort und Bild Charakter, Umfang und Auswirkungen der Sperrmaßnahmen; sie beschreibt die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und zählt die schweren Rechtsverletzungen des kommunistischen Regimes an der Mauer auf. Ausführlich wird auf die Entwicklung des Viermächtestatus für Berlin und dessen Aushöhlung durch die sowjetische Besatzungsmacht eingegangen.

Ein weiterer Teil der Dokumentation befaßt sich mit den Verletzungen der Menschenrechte. Eine Fülle von Einzelbeispielen belegt die Mordtaten an der Mauer, die zahlreichen Fälle von Menschenraub und Körperverletzung sowie Terrorurteile gegen „Republikflüchtige“. Zwei Abschnitte zählen die bewaffneten Übergriffe der sowjetzonalen Grenzwächter und

Beispiele geglückerter und gescheiterter Fluchtunternehmen auf.

Minister Lemmer bezeichnete die Veröffentlichung des Weißbuches als eine „publizistische und diplomatische Aktion“, die Bürgern und Regierungen der freien Länder erneut klar machen soll, wie sehr das gesamte deutsche Volk unter den sowjetzonalen Terrormaßnahmen leidet. Nachdrücklich betonte Lemmer, daß die Beschränkung des Themenkreises auf die Mauer die Sorge und Verantwortung der Bundesregierung für die Bewohner der Zone nicht ausschließt.

Der Minister erklärte, daß alle Bemühungen, die Mauer humanitären Erwägungen her-

aus transparent zu machen, scheitern müßten, solange in Berlin geschossen werde. Dem Einsatz des Roten Kreuzes sei es zu verdanken, daß einige hundert Familien zusammengeführt worden seien. Dabei habe es sich allerdings meist um ältere Ehepaare gehandelt. Nach wie vor warteten aber noch Tausende junger Familien auf eine Zusammenführung. Zur Zeit lägen über 14 500 Gesuche auf Familienzusammenführung vor.

Nach Informationen seines Ministeriums, sagte Lemmer, werde die Mauer im gesamten Ostblock mehr und mehr als peinlich empfunden. Chruschtschow sei der Gefangen seines eigenen politischen Irrtums geworden, als er Ulbricht die Genehmigung zur Spaltung Berlins erteilt habe.

Erfolgreicher US-Weltraumflug

Astronaut Schirra umkreiste sechsmal die Erde

Kap Canaveral (ap). Mit einer sechsmaligen Umrundung der Erde durch den Astronauten Walter Schirra haben die USA am 3. Oktober ihre Vorbereitungen für den Flug eines Men-

schens zum Mond weiter vorangetrieben. Fast auf den Tag genau fünf Jahre nach dem Start des ersten unbemannten sowjetischen Sputniks glückte den USA damit ihr bisher längster bemannter Weltraumflug. Die Mercury-Kapsel „Sigma sieben“, in der Schirra um 13.15 Uhr von Kap Canaveral aus in den Weltraum geschossen worden war, ging neun Stunden und 13 Minuten später um 22.28 Uhr im vorgesehene Zielgebiet, etwa 450 Kilometer nordöstlich der Midway-Inseln, im Pazifik nieder.

Eine kombinierte See- und Luftflotte von 30 Schiffen und 150 Flugzeugen mit etwa 40 000 Mann erwartete den Astronauten. Um 23.05 Uhr wurde Schirra mit seiner Raumkapsel sicher und wohlbehalten an Bord des Flugzeugträgers genommen.

Präsident Kennedy, die Angehörigen Schirras und Millionen Amerikaner verfolgten den Start an ihren Bildschirmen. Über „Telstar“ wurde später eine Filmaufzeichnung nach Europa übertragen.

Der Flug Schirras war der bisher längste in der amerikanischen Raumfahrtgeschichte. Seine Vorgänger Glenn und Carpenter hatten die Erde jeweils nur dreimal umkreist.



Glücklich nach sechsmaliger Erdumkreisung präzise gelandet: US-Astronaut Walter Schirra

Papst Johannes XXIII. eröffnete das Konzil

Rom (ap/dpa/upi). Das Zweite Vatikanische Konzil der Römisch-Katholischen Kirche wurde am 11. Oktober um 8.30 Uhr in der St.-Peters-Basilika von Papst Johannes XXIII. feierlich eröffnet. 2500 Konzilsväter — Bischöfe, Patriarchen und Kardinäle — zogen in vollem Ornat in Prozession über den Petersplatz in den größten Dom der Welt ein. 85 offizielle Delegationen, darunter die der Bundesrepublik unter Führung von Bundesaußenminister Schröder, unterstrichen die Bedeutung, die dem Ereignis in aller Welt beigemessen wird.

Zahlreiche Staatsmänner entboten dem Konzil ihre Grüße, unter ihnen Bundeskanzler Adenauer und der amerikanische

Anlaß in die Ewige Stadt kamen, waren seit den frühen Morgenstunden auf den Straßen, um den Auftakt zur „Gewissenerforschung der katholischen Kirche des 20. Jahrhunderts“, wie man das Konzil genannt hat, mitzerleben. Mehr als tausend Presseleute sind aus allen Weltteilen zusammengekommen, um über das erste Konzil seit 92 Jahren zu berichten, das nach den Worten des Papstes ein „Konzil der Erneuerung“ sein soll.

Die erste Sitzungsperiode soll bis zum 8. Dezember dauern. Dann soll sich das Konzil zeitweilig vertagen und nach Ostern 1963 erneut zusammentreten. Nach einer Sommerpause soll im Herbst nächsten Jahres eine dritte Sitzungsperiode beginnen.

Der ungarische Episkopat appelliert in der Budapester Zeitung „Magyar Kurier“ an das Konzil, die Möglichkeit einer „Koexistenz“ zwischen der Kirche und den vom Kommunismus beherrschten Ländern zu prüfen. Die offiziöse Warschauer Zeitung „Zycie Warszawy“ fordert in einem Kommentar, der Vatikan solle die Oder-Neiße-Grenze anerkennen. Bisher habe er „offen die Kräfte in Bonn unterstützt, die unter der Maske christlicher Demokratie und unter Verwendung katholischer Phrasen eine Revanche für die Niederlage von 1945 vorbereiten“.

der der Viermächtestatus in Berlin die Basis der westalliierten Position sei. Er sei der Ausdruck „originärer Rechte“ der Westmächte, deren Präsenz und Aktivität in Berlin zu den „fundamentalen und lebenswichtigen Grundlagen“ der Stadt gehörten.

Auf eine Frage teilte Gradl mit, die Möglichkeit einer neuen Zuspitzung der Berlin-Frage habe bei den jüngsten Beratungen der Fraktion eine sehr große Rolle gespielt. Gradl stellte sich im Namen der Gesamtfraktion hinter die Erklärung Außenminister Schröders, daß sich das Schicksal Deutschlands in Berlin entscheide.

Berlin-Resolution endgültig gebilligt

Washington (upi). Der US-Senat hat am 10. Oktober durch Akklamation die bereits zwei Tage zuvor vom Repräsentantenhaus angenommene Berlin-Resolution gebilligt. Sie wird damit rechtskräftig.

In dieser Resolution sichert der Kongreß Präsident Kennedy seine volle Unterstützung aller Maßnahmen zu, die zur Wahrung der amerikanischen Rechte in Berlin notwendig sein könnten. In der Entschließung heißt es, die USA seien fest entschlossen, ihre Rechte in Berlin aufrechtzuerhalten und jede Verletzung dieser Rechte mit allen notwendigen Mitteln, auch mit Waffengewalt, zu verhindern.

Vopo von Vopo erschossen

Berlin (dpa). „Mit militärischen Ehren“ ist, wie das Informationsbüro West berichtet, am 5. Oktober ein Angehöriger der Sowjetzonen-Grenztruppen auf dem Friedhof Stahnsdorf bei Berlin beigesetzt worden. Der Soldat war in den frühen Morgenstunden des 2. Oktober von seinem Streifenkameraden erschossen worden, der ihn im dichten Nebel für einen Flüchtling gehalten hatte.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richt-hofen-Str. 2



Papst Johannes XXIII.

Präsident Kennedy, dessen Staat nicht mit einer offiziellen Delegation vertreten ist.

Hunderttausende von Römern und Fremden, die aus diesem

CDU für Bundestagssitzung in Berlin

Viermächte-Status ist Basis für Berlin-Politik

Berlin (Eigenmeldung). Die Haltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer Plenarsitzung des Bundestages in Berlin ist grundsätzlich positiv. Dies erklärte der Fraktionsgeschäftsführer Rasner am 3. Oktober in Berlin vor der Presse. Er wies zum Abschluß der dreitägigen Arbeitssitzung

der Fraktion in Berlin darauf hin, daß nach Absprache mit allen zuständigen Stellen eine Bundestagssitzung nach Berlin einberufen werden könne.

Der Berliner Bundestagsabgeordnete Gradl unterstrich auf der Pressekonferenz nachdrücklich die Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, nach

Über 450 000 Besucher kamen

Die Industrieausstellung war ein großartiger Erfolg

Thema des nächsten Jahres: Asien — Partner des Fortschritts

Berlin (Eigener Bericht). Mit 451 000 Besuchern übertraf die 13. Deutsche Industrieausstellung Berlin 1962 noch die bereits hochgespannten Erwartungen der Ausstellungsleitung. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet diese Zahl eine Steigerung um fast 100 000 Besucher. Dieser Erfolg wird nicht zuletzt auf das neuartige Schwerpunktthema „Partner des Fortschritts — Afrika“ zurückgeführt.

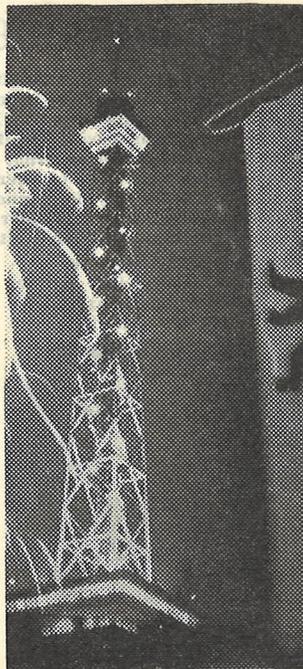
Als „beachtlich“ wird das rege ausländische Interesse bezeichnet, das vor allem von den jungen afrikanischen Staaten dieser Berliner Leistungsschau entgegengebracht wurde. An der Eröffnungsfeier hatten bevollmächtigte Ehrengäste aus 26 afrikanischen Staaten teilgenommen.

Von den 911 Ausstellern kamen 550 aus dem Bundesgebiet, 179 aus dem Ausland und 182 aus West-Berlin.

Für die Fernsehlotterie „Freiplätze für Berliner Kinder“

wurden auf dem Miniatur-Postamt am Stand des SFB 7000 Einzahlungen gebucht.

Die 14. Deutsche Industrieausstellung Berlin wird vom 12. bis 27. Oktober 1963 wieder am Funkturm veranstaltet. Nachdem das „afrikanische Experiment“ als gelungen angesehen werden kann, sollen im kommenden Jahre unter dem gleichen Schwerpunktthema „Partner des Fortschritts“ die Entwicklungsländer Asiens behandelt werden.



Mit einem Riesenfeuerwerk wurde die Industrieausstellung am Sonntag geschlossen

Wieder Bluttat an der Mauer

Sanitätswagen darf nicht nach Ost-Berlin fahren

Berlin (dpa/ap/jup). An der Sektorengrenze in der Eisenstraße zwischen dem Ostberliner Stadtbezirk Treptow und Neukölln wurde in den Morgenstunden des 6. Oktober ein etwa 21-jähriger Westberliner von Ostberliner Grenzwachmann niedergeschossen. Er hatte zwei Ostberlinern aus einem unmittel-

bar an der Grenze liegenden Haus zur Flucht verholfen. Ein seit den Vorfällen bei der Erschießung Paul Fechters an der Sektorengrenze in der Friedrichstraße stationierter alliierter Sanitätskraftwagen sowie ein Rettungswagen des Westberliner Roten Kreuzes, die dem schwerverletzten West-

berliner Erste Hilfe leisten wollten, wurden an der Fahrt in den Ostsektor gehindert.

In einer ersten Stellungnahme erklärte ein britischer Sprecher zu dem Vorgehen der Sowjetzonenposten, daß sich die ostdeutsche Regierung damit eine „schwere Verantwortung“ aufgeladen habe. Westliche Gegenmaßnahmen würden mit den Alliierten besprochen werden.

Der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin, Perwuchin, lehnte die Annahme eines Protestes der drei Westmächte gegen die Behinderung eines britischen Sanitätswagens bei der Hilfeleistung in Ost-Berlin ab.

Die Westmächte hatten gegen die Verletzung des Viermächterechtes protestiert, sich in ganz Berlin frei zu bewegen. Die westlichen Alliierten hatten übereinstimmend betont, daß die Verantwortung für jede Konsequenz, die sich aus dieser Rechtsverletzung ergebe, bei den Sowjets liege.

Adenauer appelliert an Moskau

(Fortsetzung von Seite 1)
ein nicht zu unterschätzender Damm gegen den Kommunismus.

Der Beitritt Englands und anderer europäischer Staaten zur EWG sei zu begrüßen. Er werfe jedoch schwierige Fragen auf, die sorgfältig geprüft werden müßten. Auch die Interessen der deutschen Wirtschaft müßten beachtet werden.

Der Plan einer politischen europäischen Union sei nicht erledigt, es sei jedoch besser, ihn zurückzustellen, bis ein besseres Verhandlungsklima bestehe.

Im Vordergrund der innen-

politischen Ausführungen Adenauers stand die eindringliche Mahnung an die Sozialpartner, die Geduld des Bundestages und der Regierung nicht zu überfordern. Die Bundesregierung verzichte darauf, Maßnahmen vorzuschlagen, die in die Tarifhoheit eingreifen würden. Sie betone aber, daß sie Schäden für die Gesamtheit nicht zulassen werde. Dabei gelte es vor allem, die Exportfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern und auszubauen. Neue Investitionen seien notwendig, auf eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit müsse verzichtet werden.